



von Helmut Markwort

## Vom Ärger über Datenschutz und von Wissenschafts-Verhöhnern

### Montag

**K**aum ein Tag vergeht, an dem ich nicht von Auswirkungen der EU-DSGVO belästigt werde. Das Ding heißt ausgeschriebene Europäische Datenschutz-Grundverordnung, wurde in Brüssel ausgeheckt und gilt jetzt in allen 28 Staaten der Europäischen Union.

Das Ziel ist, unser aller persönliche Daten zu schützen, aber in der Praxis verursacht das Bürokratiemonster Ärger und Kosten.

Gedacht war die Verordnung vor allem gegen den Datenmissbrauch durch die vier Weltgiganten Google, Apple, Facebook und Amazon, in der Fachwelt als GAFA abgekürzt, aber die Vorschriften kennen keinen Unterschied.

Sie gelten auch für Arztpraxen, Friseure, Handwerker, Einzelunternehmer und Vereine aller Art. Kunden, Patienten, Gäste und Geschäftspartner sind plötzlich zum Risiko geworden.

Sportvereine wissen nicht, ob sie die runden Geburtstage ihrer Mitglieder wie gewohnt in der Clubmitteilung veröffentlichen dürfen, und fragen vorher um Einwilligung.

Diese notwendige persönliche Zustimmung zur Verwendung von Adressen löst Berge von Korrespondenz aus. Täglich erreichen mich Anfragen von Stiftungen, Händlern, Forschungszentren und Verbänden, ob sie mir weiterhin Informationen zusenden dürfen.

Viele handeln aus Angst, weil die DSGVO mit gewaltigen Bußgeldern droht. Wer die Rechenschaftspflichten nicht einhält, muss mit Strafen von bis zu 20 Millionen Euro rechnen, riskiert zwei bis vier Prozent seines Jahresumsatzes.

Die notwendigen Verwaltungskosten muss er ohnehin aufbringen. Ein Gastwirt,



**Keine Argumente**  
Schäfer-Gümbel beleidigte Professoren

der auch ein kleines Hotel betreibt, erzählt mir, dass er wegen der Verordnung aus Brüssel schon die zweite Software anschaffen musste.

Weil mehr als zehn seiner Mitarbeiter mit der Verarbeitung von Daten zu tun haben, ist er verpflichtet, der Landesbehörde einen Datenschutzbeauftragten zu melden. Er und seine Frau als Inhaber dürfen das Amt nicht übernehmen. Weil eine Buchhalterin oder ein Kellner eine hohe Haftung übernehmen müsste, hat der Wirt einen Anwalt beauftragt.

Hunderte von kostentreibenden Komplikationen könnte ich schildern. Ich vermute, die Abgeordneten des Bundestags haben das Dekret aus Brüssel durchgewinkt, ohne die Folgen für die Bürger zu bedenken.

Viele Streitfragen werden vor den Gerichten landen. Die Volksvertreter sollten deshalb darüber nachdenken, was sie nachträglich retten, vereinfachen oder für Vereine und kleinere Unternehmen ausschließen können.



**Beschimpfte Gutachter** Die Professoren Friedrich Breyer (Konstanz), Hans Gersbach (Zürich), Christina Gathmann (Heidelberg), Axel Börsch-Supan (München) und Regina Riphahn (Erlangen)

### Dienstag

**F**ür die Arroganz von Politikern gegenüber wissenschaftlichen Erkenntnissen gibt es viele Beispiele. Jetzt liefern Sozialdemokraten ein neues Kapitel.

Sie verhöhnen ein Gutachten, das der wissenschaftliche Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums zum Thema „soziale Wohnungspolitik“ veröffentlicht hat.

Das Gremium, dessen „herausragenden Ruf“ das Ministerium auf seiner Homepage anpreist, besteht aus 34 Professorinnen und Professoren der anerkanntesten Universitäten in Deutschland und der Schweiz. Sie sind renommierte Hochschullehrer für Wirtschaft und Recht. Nach vielen Sitzungen und Analysen empfehlen sie in ihrem umfangreichen Gutachten die Abschaffung der wirkungslosen Mietpreisbremse, eine Reform des Wohngelds und eine Lockerung von Bauvorschriften. Sie wagen es auch, die dramatische Fehlbelegung von Sozialwohnungen vorzurechnen.

Als Echo hören sie Pöbeleien. Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Schäfer-Gümbel wirft den Professoren vor, sie hätten in die „neoliberale Mottenkiste“ gegriffen, und Vizekanzler Olaf Scholz versteigt sich zu der Beschimpfung, das Gutachten sei „Kokoloeres“. Mit Fakten wollen sich Ideologen nicht beschäftigen.